

tigt gewesen wäre, wird man erst feststellen können, wenn man die schönen Programme und Pläne auch in die Tat umgesetzt sehen wird. Wie ernst die Dinge liegen, dafür mehrten sich die Kennzeichen an allen Ecken und Enden. Statt vieler anderer nur eine Stimme. Der Generaldirektor der westfälischen Landesbank führte kürzlich nach einem Bericht der Kölnischen Zeitung aus, zum mindesten für die nächsten zwölf Monate stehe man vor einem absoluten Nichts. Der Absatz der Pfandbriefe ist gewaltig zusammengeschmolzen. Für Kommunalschuldverschreibungen sei überhaupt kein Geld mehr da. Noch niemals seien sich die Institute, die sich mit dem Kommunalkredit befassen, so einig in der Beurteilung des Geldmarktes gewesen, noch nie hätten sie so schwarz gesehen, und auch noch nie hätten sie es gewagt, auf so lange Zeit hinaus zu prophezeien. Bisher hätten sich die Kommunen mit kurzfristigen Krediten geholfen. Dieses von jeher als unstatthaft geltende Verfahren könne in Zeiten der Not in geringem Umfang geduldet werden, falls Hoffnung auf Wiederbelebung des Anleihemarktes bestehe. Da dies aber auf lange Zeit hinaus ganz ausgeschlossen sei, müßten die Kreditinstitute im Interesse ihrer Liquidität Schluß mit den kurzfristigen Krediten machen. Übrigens sei das kurzfristige Geld auch ausgeschöpft. Auch die Sparkassen, die ja der Städtetag jetzt stärker nutzbar zu machen vorschlägt, hätten sich übernommen. Statt der 140 Millionen des Vorjahres hätten sie bis September 1929 einen Zugang von nur 84 Millionen erreicht. Das ergebe ein Weniger von 56 Millionen, während sie mit einem gegenüber dem Vorjahr bedeutend höhern Zugang gerechnet hätten. Generaldirektor Reusch kam zu dem Schluß: die Schuldenlast der Kommunen wird in den nächsten zwölf Monaten nicht wachsen, weil kein Geld da ist, um neue Schulden zu machen; trotzdem wird die Zinsenlast wachsen, die bisher schon fast unerträglich war. Was nach Ablauf der zwölf Monate wird, weiß niemand. Aber bevor das Übermaß kurzfristiger Kredite nicht in langfristige Kredite umgewandelt ist, kann die Kreditgewährung nicht wieder aufgenommen werden. Zuerst muß die Liquidität der öffentlichen Wirtschaft wiederhergestellt werden, und darüber vergeht eine Zeit von mindestens zwölf Monaten. Zu dieser nur zu richtigen Feststellung gehört als Ergänzung die Erinnerung, daß nicht nur diese verkehrte Art der bisherigen Finanzierungs-politik der Städte schuld ist an der gespannten Lage, sondern mindestens ebensosehr auch die unwirtschaftliche Verwendungs-politik der auf jene Weise gewonnenen Mittel. Die Städte haben dabei überwiegend weder selbst produktive Anlagen geschaffen noch solche, die wenigstens die produktive Wirtschaft leistungsfähiger zu machen geeignet gewesen wären. Im wesentlichen ist vielmehr nur »der Konsum« entwickelt und erleichtert worden. Das geht aber gerade in der gegenwärtigen Lage Deutschlands letzten Endes eben nur auf Kosten der Wirtschaftssubstanz. Ein Blick auf die Kurse unserer Aktiengesellschaften gibt die Bestätigung. Die sämtlichen 707 mit ihren Aktien an der Berliner Börse notierten deutschen Aktiengesellschaften hätte das Ausland, wenn es sie kaufen wollte, vor einem Jahr noch mit rund 17 Milliarden bezahlen müssen; heute sind sie schon für rund 14 Milliarden zu haben. Das sind Zahlen, die zu denken geben müssen. Auch eine Arbeiterregierung muß sich die Frage vorlegen, ob angesichts dieser Gefahr nicht unbedingt eine Umkehr der bisherigen Wirtschaftspolitik nötig ist. Den Kauf Deutschlands durch das ausländische Kapital immer billiger zu machen, kann doch nicht beabsichtigt sein. Auch Frankreich war einmal der gleichen Gefahr ausgesetzt. Poincaré aber hat es verstanden, sich durch eine geschickte Wirtschafts- und Finanzpolitik so zu wappnen, daß Frankreich auch vor der vereinten Macht der Angelsachsen nicht zu zittern, noch widerstandslos zu kapitulieren braucht. Ohne eine entsprechende Sanierung der deutschen Finanzen ist jede Befreiungspolitik aussichtslos.

Die auf den Young-Plan gesetzten Hoffnungen sind noch in keiner Weise greifbarer geworden. Muß man nicht aus der Tatsache, daß zwar Kreuzer Zahlungen aus der von ihm für das Zündholzmonopol versprochenen Anleihe erst für den nächsten Sommer in Aussicht gestellt hat, schließen, daß er erst dann klarere Verhältnisse erwartet? Werden wir so lange war-

ten können? Über aller Agitation für und wider das Volksbegehren ist völlig vergessen worden, daß doch der Young-Plan überhaupt noch gar nicht fertig ist. Die Haager Konferenz, die darüber entscheiden sollte, hat doch nur das Ergebnis gehabt, eine Reihe von Unterausschüssen einzusetzen, die den Entwurf des Vertragswerkes ergänzen und abrunden sollen. Im übrigen hat sie sich vertagt. Die Unterausschüsse haben inzwischen gearbeitet; aber fertig sind sie noch nicht. Völlig unentschieden ist vor allem immer noch die unbedingt wichtigste und entscheidendste Frage, die nämlich nach dem Sitz der geplanten Tributbank. Daß sich hier Franzosen und Angelsachsen schroff gegenüberstehen mit zunächst gänzlich unvereinbaren Ansprüchen, ist bekannt. Ein Vorspiel dafür hat man schon im Haag erlebt. Der Regierungswechsel jetzt in Frankreich läßt vermuten, daß Paris nicht ohne weiteres nachzugeben bereit ist. Eben ist in der Kammer dort ganz offen ausgesprochen worden, daß man Schwierigkeiten für die Realisierung des Young-Planes nicht von Deutschland, wohl aber von England befürchte. Die Angelsachsen haben ebenfalls in den Besprechungen zwischen Hoover und Macdonald ihre Front fester gestaltet. Es kann also noch Überraschungen geben, und leider bleibt dabei immer zu befürchten, die Einigung werde, wenn sie überhaupt gelingt, nur wieder auf unsere Kosten erfolgen. Was wird dann aber von den »Erleichterungen« des Young-Planes schließlich übrig bleiben? Und vom Schicksal des Young-Planes soll unsere Finanzreform abhängen mit ihrer ganzen Bedeutung für unsere Wirtschaftspolitik! Grund genug zu Vorsicht und Zurückhaltung.

Die Verichte zur Wirtschaftslage entsprechen den Verhältnissen. Das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe faßt zusammen:

Die Wirtschaftslage weist im Oktober keine erheblichen Veränderungen auf. Der Kohlenabsatz blieb befriedigend, besonders in Oberschlesien, obwohl sich ein geringer Rückgang im Auftragsbestande bemerkbar machte. Größer war dieser Rückgang in der Eisenindustrie. Von den übrigen Produktionsmittelindustrien ließen Maschinenbau, elektrotechnische Industrie und Automobilindustrie nicht unerheblich nach. Die Lage des Baumarktes beeinflusste andere Nebenindustrien und das Handwerk sowie auch den Arbeitsmarkt ungünstig. Die Aussichten des letzteren werden für den Winter pessimistisch beurteilt. In der Beurteilung einer Besserung des Geldmarktes sind die Anzeichen nicht einseitig. Die Tatsache, daß der Ausfuhrüberschuß für September 166 Millionen Reichsmark betrug, zeugt davon, daß die Wirtschaftslage auch gewisse günstige Momente aufweist.

Mit Bezug auf den Einzelhandel im besondern heißt es dann weiter:

Die Geschäftslage des Einzelhandels ließ nach wie vor zu wünschen übrig. Sie entsprach immer noch nicht den Erwartungen, die man auf eine saisonmäßige Belebung des Herbstgeschäftes gesetzt hatte. Das warme Wetter hat weiterhin angehalten und somit war beim Publikum kein rechter Anreiz zum Kauf von Herbst- und Wintersachen vorhanden. Auch wurde die Kaufkraft der Verbraucher durch die Einkäufe von Wintervorräten in Anspruch genommen. Außerdem scheinen — wenigstens teilweise — die Aufrufe der landwirtschaftlichen Organisationen, nur unbedeutende Anschaffungen zu machen, bei der Landbevölkerung Beachtung gefunden zu haben. Die ohnehin geringe Kaufstätigkeit der Landbevölkerung hat dadurch noch eine weitere Einschränkung erfahren.

Der Textilwareneinzelhandel, der vor allem unter der anhaltenden warmen Witterung litt, entsprach überwiegend nicht den Erwartungen, wenn auch teilweise eine gewisse Belebung des Umsatzes eingetreten ist. Die Lage des Lebensmittelhandels war uneinheitlich. Nur an einigen Stellen ist eine gewisse Belebung der Geschäftstätigkeit eingetreten. Im Schuhwareneinzelhandel waren die Absatzmöglichkeiten, abgesehen von der kurzen Zeit regnerischen Wetters, im allgemeinen unbefriedigend. Im Drogeinzelhandel war der Umsatz vielfach niedriger als im Vormonat. Im Kleinhandel mit Haus- und Küchengeräten ist überwiegend eine gewisse Belebung eingetreten, die sich im allgemeinen aber in verhältnismäßig engen Grenzen hielt.

Ähnlich schreibt die Industrie- und Handelszeitung:

Endgültige Erkenntnisse über die Umsatzgestaltung des Einzelhandels im Oktober liegen noch nicht vor. Zwar scheint in weiten Teilen des Einzelhandels, insbesondere im Bekleidungs-einzel-